

Nur Beharrlichkeit kann helfen

Erneute Demonstration gegen das Renten-Unrecht für einstige Übersiedler in Berlin

Zu einer erneuten Demonstration im Kampf gegen den Rentenbetrug durch die Bundesregierung an 316.000 DDR-Übersiedlern riefen die Organisatoren erneut für den 18. Oktober 2016 am Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der Berliner Wilhelmstraße 49 (BMAS) auf. Ansprechpartner waren (und sind auch weiterhin) Wolfgang Mayer und Wolfgang Graetz sowie die VOS- Geschäftsstelle Berlin. Damit wird die Reihe der gut organisierten Aktivitäten, die bereits in Berlin und kürzlich in Karlsruhe stattfanden, fortgesetzt.

Ziel ist es, jenes Renten-Unrecht zu beseitigen, das aufgrund des falsch ausgelegten Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) über Nacht geschaffen wurde. So wurden durch eine plötzliche Gesetzesänderung Übersiedler aus der DDR um Rentenzusagen betrogen, die ihnen vormals zugesagt worden waren.

Bereits an den vorigen Demos hatten mehr als einhundertfünzig Betroffene und Sympathisanten teilgenommen und waren in einem bunten, lautstarken Zug durch Berlin gezogen. Auch diesmal wurde eine Marschroute zu markanten Punkten – Bundesministerium der Finanzen, Bundeskanzleramt und Deutscher Bundestag – geplant. Am Reichstag und am BMAS und sollten dann die Kundgebungen und die Übergabe der offiziellen Petitionen sein.

Fg/H. Diederich

Das Foto zeigt den vormaligen VOS- Bundesvorsitzenden Rainer Wagner, der sich kampfstark an der Demonstration vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe beteiligte.



Durch Spenden und Sparmaßnahmen endlich schuldenfrei

Finanzielle Forderungen der Sozialversicherungsträger erledigt

Mit einer Zahlung an die AOK Plus am 22. August 2016 wurde die letzte Forderung aus dem Bescheid der Deutschen Rentenversicherung beglichen. Dies haben wir vor allem den Kameradinnen und Kameraden unserer Vereinigung zu verdanken, die durch regelmäßige Zahlung der Mitgliedsbeiträge und darüber hinaus durch Spenden, dazu beigetragen haben. So konnten wir vorzeitig die Restschuld tilgen. Dafür unseren Dank.

Aus zurückgezahlten Krankenkassenbeiträgen der BKK VBU ließ Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich eine Summe von 9.331,67 € mit der Forderung der Krankenversicherung an die VOS e.V. verrechnen. Auf mehrmaligen Antrag auf Erlass von Schuldzinsen aus den getätigten Ratenzahlungen, wurden diese von der AOK Plus mit Schreiben vom 26. September 2016 komplett erlassen und die der BKK VBU halbiert. Dabei hatten wir ursprünglich Zahlungsverpflichtungen bis ins Jahr 2019 auferlegt bekommen.

Im Frühjahr 2017 findet die nächste Generalversammlung statt. Ab Januar werden die Wahlunterlagen an die Bezirksgruppen versandt. Gleichzeitig ist ein neuer Freistellungsbescheid beim Finanzamt zu beantragen. Wenn der Bescheid vorliegt und die Wahl stattgefunden hat, können wir mindestens weitere 3 Jahre in die Zukunft blicken.

Unsere Mitgliederzahl ist in den letzten 20 Jahren stetig gesunken. Der Mitgliedsbeitrag ist in den alten Bundesländern seit 2004 unverändert. Trotzdem haben wir unsere Aufgaben erfüllt, zumal die Geschäftsführung der Bundesgeschäftsstelle in den letzten Jahren ausschließlich ehrenamtlich geleistet wurde. Zu den Sparmaßnahmen, die wir ergriffen haben, gehörte auch die Reduzierung der Herausgabe der Freiheitsglocke von 11 auf 6 Ausgaben pro Jahr. Dies soll in Zukunft so bleiben.

Damit ist der Weg für weitere Jahre frei, und wir schauen mit Zuversicht in die Zukunft. Gemeinsam sind wir stark.

Vielen Dank den Kameradinnen und Kameraden.
Der Bundesvorstand: M.-B. Krüger, R. Buchwald

Zunächst ein paar Worte in eigener Sache. Vor Auslieferung der letzten Fg gab es von einigen Ungeduldigen Rückfragen, warum die neue Fg im angekündigten Monat nicht zugestellt worden ist. Eigentlich bin ich für diese Frage die falsche Adresse, denn es lag – wie schön öfter – an den Schwierigkeiten seitens der Druckerei. Meinerseits schließe ich die Zeitung mindestens zehn Tage vor Ende des angegebenen Monats ab, damit eine Auslieferung innerhalb der angedachten Frist erreicht werden kann. Da wir laut Vorstandsbeschluss im Zweimonatsrhythmus bleiben werden, sollten sich die Leserinnen und Leser also auf das genannte Datum einrichten. Und wenn es dann doch mal ein paar Tage länger dauert, dann bitte nicht die Geduld verlieren, die Fg kommt schon noch.

Ein weiteres Thema, das den Verband direkt berührt, ist die Nachricht zur gelungenen Schuldentilgung. Das ging nun zuletzt doch – gewiss ein bisschen unerwartet – recht schnell. Dafür möchte ich im Namen von allen, die sich mit mir über die gute Nachricht freuen, unserem Kameraden Hugo Diederich danken, der als Bundesgeschäftsführer viel Zeit und Lauferei zur Lösung dieses uns alle bedrückenden Problems investiert hat. Wenn wir uns an die Situation im vorigen Jahr erinnern, als wir darüber diskutierten, ob sich der Verband künftig noch die Herausgabe der Freiheitsglocke leisten können, so sehe ich uns nun wieder ein gutes Stück in Richtung rettendes Ufer gerückt. Danken möchte ich deshalb auch allen Mitgliedern und Gönnern der VOS, die durch ihre hohe Spendenbereitschaft zur Rettung beigetragen haben. Es sind in der Tat sehr hohe Beträge eingegangen. Nun hoffen wir alle, dass wir die nächsten Jahre stabil weiterarbeiten können und im Sinne der Gründer und Wegbereiter des Verbandes noch lange bestehen werden. Immerhin ist die Geschichte des Verbandes, wenn wir eines Tages vielleicht doch nicht mehr als VOS existieren sollten, durch die Festschrift und vor allem die lückenlose Sammlung der Fg-

Ausgaben in der Deutschen Nationalbibliothek gesichert. Pflichtgemäß liefert die Geschäftsstelle dort die aktuellen Ausgaben ab, und somit wird man selbst in 200 Jahren nachlesen können, worüber wir diskutiert, wofür wir gekämpft und worunter wir gelitten haben. Davon abgesehen gibt es auch andere Archive mit diversen VOS-Unterlagen, und nicht zuletzt unterhält der Verband ein eigenes Archiv, das freilich umfassend gesichtet und geordnet werden müsste. Ob man in kommenden Jahrhunderten noch Verständnis und Interesse für die Einzelschicksale und die politische Situation haben wird, weiß aber auch ich nicht.

Auf ein Wort des Redakteurs

Und da ich gerade bei einer Art Bestandsaufnahme bin, möchte ich schon mal auf die Generalversammlung im nächsten April hinweisen. Die Bezirksgruppen sollten sich im Hinblick auf dieses wichtige Ereignis gründliche Gedanken über Vorschläge und Anträge machen.

Mein persönlicher Wunsch wäre, dass der Bundesvorstand beauftragt wird, Verbesserungen bezüglich der Opferrente durchzusetzen und dabei vor allem die unverständliche „Halbjahresklausel“ und eine Vererbbarkeit der Opferrente auf hinterbliebene Ehepartner im Auge hat. Immerhin steht in nicht mal einem Jahr die Bundestagswahl an. Die Parteien sind auf jede Stimme angewiesen. Und wenn wir uns anstrengen und unsere Verwandten, Freunde und Kollegen mobilisieren, werden wir zumindest ein Hundertstel hinter dem Komma aufwiegen.

Bezüglich der politischen Erwartungen bin ich nun eher skeptisch. Mir geht es wie vielen anderen, ich weiß nicht, wem meine Stimme helfen könnte. Es ist an sich nur eine „große“ Koalition von CDU, CSU und SPD möglich und realistisch, die uns Stabilität bescheren wird. Ich wage nicht daran zu denken, dass sich bei der Wahl die Variante rot-rot-grün, über die inzwischen nicht nur „nachgedacht“ wird, durchsetzt. Dann könnte das

eintreten, was wir in der DDR hatten, eine Politik, die niemand will, bei der es zum Austritt aus der Nato und zum Umbruch und zur Lähmung der Wirtschaft käme. Wer sich dagegen stellt oder eine andere politische Meinung vertritt, muss die Folgen – Haftstrafen für Andersdenkende – tragen. Das Dumme wäre, es gäbe dann keine Bundesrepublik, die die politischen Häftlinge freikaufte.

Nun gut, ganz so schwarz sollten wir nicht sehen. Dennoch werden viele Deutsche (und die Regierungen anderer Länder) froh sein, wenn im Ausgang der Wahl wieder „Mama“ Merkel als Kanzlerin vereidigt wird, denn in personeller Hinsicht bietet sich keine allzu verheißungsvolle Alternative. Sicherlich sprechen für Frau Merkel als Kanzlerin nach wie gute Gründe. Die Langfristigkeit und Solidität ihrer Planungen und Entscheidungen haben sich vor allem bei bisher ungekannten Herausforderungen als nützlich erwiesen. Beispiele sind die Finanzkrise und der Konflikt um die Krim, wo noch keinerlei Erfahrungswerte vorlagen. Andererseits wird die Bevölkerung mit Entscheidungen konfrontiert, die nicht jedem verständlich sind. Gemeint sind teils rigorose Schritte in der Energie- und Außenpolitik und natürlich das Verhalten in der Flüchtlingsfrage. Sie sorgt damit für Missverständnisse, baut Abneigungen und sogar Feindschaften auf und macht es sich, der Regierung und ihrer eigenen Partei unnötig schwer. Die Stammwähler sind verunsichert, sie gehen nicht wählen oder wenden sich einer anderen Partei zu. Es ist vor allem die Angst vor dem Islam, die sich – ob man es leugnet oder nicht – mit der Massenzuwanderung im Land ausgebreitet hat. Und diese Angst lässt sich weder durch Belehrungen, Schuldzuweisungen und schon gar nicht durch Drohungen abbauen. Und auch nicht, indem man die Neuen Bundesländer als insgesamt politisch rechtslastig diffamiert und den dort lebenden Menschen Dumpfheit und rückständiges Denken andichtet.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe - Themen, Hinweise, Daten

Titelseite

Wieder lautstark durch Berlin

VOS unterstützt Demo für Rentengerechtigkeit

Hinweis: Weitere Erläuterungen auf Seite: 9

Ein Triumph, der den Verband stärkt

Mitteilung zur Schuldentilgung

Redaktionsthema:

Die Fg lässt die Leser nicht im Stich

Über Verspätungen bei der Auslieferung, Aus-sichten für den Verband und die Politik 2

Die SPD-Fraktion wird um Hilfe gebeten

Da in Neubrandenburg einiges schief lief, sollen die SPD-Leute zur Aufklärung beitragen 4

Ein Buch, das auch für spätere Generationen Auskunft geben soll

Bundespräsident würdigt die Biografie von Bar-bara Große 4

Die Erinnerung hat Gestalt angenommen und erhält eine hohe Auszeichnung

Die Arbeit des Menschenrechtszentrums Cott-bus erfährt in Brandenburg eine Würdigung 5

Es hat sich ein bisschen was gerührt. Aber eben nur ein bisschen

Einige Häftlingsgruppen können nun für Zwangsarbeit Entschädigung beantragen

Aber ist das nicht eher symbolisch – der Kom-mentar 6

Für heutige Verhältnisse unvorstellbar: Haft-straft fünf Jahrzehnte

Ein Nachruf auf Hans-Jürgen Jennerjahn 7

Die Hierarchien der Opfer haben sich zu unse-ren Ungunsten verschoben

Ein Beitrag, den viele andere SED-Opfer ge-schrieben haben könnten 7

Als „Staatsdichter“ mit Staatspreisen über-häuft und Andersdenkende beschimpft

Einige (letzte) Worte über den jüngst verstor-benen Schriftsteller Hermann Kant 8

Mit umfassenden Recherchen und hohem Zeit-aufwand zum Lebenslauf von Brüsewitz

Eine spannende Buchlesung des Fg-Redakteurs in Markkleeberg 8

Man sollte offen reden dürfen, man sollte auch mal in die Vergangenheit schauen

Werden wir uns in der Freiheit des Wortes und der Gedanken auf das Niveau der DDR zu-rückentwickeln? 10 - 11

Ihm ging es nicht um Geld und Erfolg

Der Schriftsteller Wolfgang Hilbig wäre im August 75 Jahre geworden 9

Gedenkveranstaltungen in Neubrandenburg mit großer Anteilnahme

Kranzniederlegungen, feierliche Umrahmung 12

Diese Vorwürfe will ja schon seit Langem keiner hören. Warum nicht?

In Neunbrandenburg meldeten sich sechzig Doping-Opfer 13

Fachdiskussion – die Fg als Meinungsforum

Über Psychiatrie- und Psychologiemissbrauch im Zusammenhang mit der Haft 14 - 15

Hemmungslose Streitlust und Dickköpfigkeit

Erinnerung an Franz-Josef Strauß 15

Der 11. September 2011 – auch uns lässt das bis heute nicht kalt

Werner Juretzkos *Documents* 16

Information/ Veranstaltungen 15, 16

Todesmeldungen, Nachrufe 15

Zitate, Ehrungen 5, 7

Impressum / Aufruf, 16

Spender für die VOS

Die Spenden der letzten Monate haben erheblich dazu beigetragen, dass unser Verband weiter existiert und ein stabiler Faktor in der Aufarbeitung bleibt

Hans Stein, Uwe Schmucker, Helmut Kropp, Alfred Czubek, Hans Schwan, Margarete Voigt, Hartmut Schlotte, Petra und Roland Frischauf, Lothar Eckardt, Günter Jäger, Manfred Krafft, Horst Lindemuth, Horst Wagner, Eberhard Kaduk, Elisabeth Gurtler, Dietrich Jacobs, Helmut Günther, Christine Härtkorn, Christine Liszewski, Ruth Pöhland/Jutta Grimm, Fritz Schaarschmidt, Günter Scharf, Kurt Schleppe, Gottfried Gläser, Barbara Große, Dr. Martin Hoffmann, Roland Stei-bach, Bodo Wegner, Dieter Jakob, Peter Hellmund, Hartmut Chyba, Karl-Heinz von Polheim, Hannelore Dahnke, Gerd Ahnert, Karin und Dr. Rainer Löhnert,

Wir danken denen, die trotz eigener knapper Kasse immer noch etwas für UNS übrig haben.

UNS – das ist die VOS

Im nächsten Jahr wird die VOS 67 Jahre!

Einladung

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, hiermit laden wir Euch ganz herzlich ein zu unserer Jahresabschlussveranstaltung am

Samstag, dem 5. November 2016, 10.00 Uhr

nach 09111 Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (Einlass: ab 09.30 Uhr)

Wir wollen Rückblick auf 25 Jahre VOS Chemnitz nehmen und uns im Kreise der Kameradinnen und Kameraden, auch gern in Begleitung Eurer Liebsten und Freunde, wiedersehen. Wir freuen uns auf Euer Kommen.

Der Vorstand der VOS Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg,

Holker Thierfeld

Teilnahmebestätigung erbeten an:
VOS CHEMNITZ, Müllerstr. 12,
09113 Chemnitz,
oder telefonisch: 017682573161.


Aufklärung dringend erwünscht!

Fernbleiben könnte ein Nachspiel bekommen

Den Bericht in der Fg 765 über das Verhalten der Neubrandenburger Stadtabgeordneten gegenüber den Vertretern der VOS nahm unser VOS-Aktivist Peter Heubach, der zugleich Mitglied in der SPD ist (Abbildung des Mitgliedsbuches Seitenmitte), zum Anlass ein Schreiben an die Neubrandenburger Ortsgruppe seiner Partei zu verfassen. Peter Heubach geht es darin um Aufklärung des fragwürdigen Verhaltens von Abgeordneten und Mitarbeitern der Stadt. Die Tatsache, dass hier Zusagen nicht eingehalten und Vertreter der Opferverbände brüskiert wurden, dürften nicht nur bei Kamerad Heubach Empörung ausgelöst haben. Peter Heubach wendet sich zugleich an die Leserinnen und Leser der Fg:

Liebe Kameradinnen und Kameraden, aufgrund des Artikels „Stadtverwaltung lässt Vertreter der Stasi-Opfer im Regen stehen“ (Freiheitsglocke 765 vom Juli/August 2016) habe ich ein entsprechendes Schreiben an die SPD-Stadtratsfraktion Neubrandenburg gesendet, um die Vertreter meiner Partei über den beschriebenen Vorfall zu informieren. Das Schreiben möchte ich euch keineswegs vorenthalten.

*Mit kameradschaftlichen Grüßen
Euer Peter Heubach*

Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	
Vorname	Heubach
Name	Peter
Straße	Maxim-Gorki-Str. 8
PLZ	96515 Wohnort Sonneberg
Beruf	Schwimmmeister
Der SPD beigetreten am	Juni 93
Ortsverein ¹	Sonneberg
Frühere Mitgliedschaft ² von	bis
Stempel und Unterschrift	

Lesen Sie nachfolgend den Wortlaut des vorgenannten Schreibens an die SPD-Fraktion:

Liebe Genossinnen und Genossen, im Anhang möchte ich euch einen Beitrag der letzten FREIHEITSGLOCKE, dem Organ der VOS, senden und bitte euch, innerhalb einer Anfrage an die Stadtvertretung Neubrandenburg eine entsprechende Stellungnahme einzuholen. Viele meiner Kameradinnen und Kameraden aus dem Verband der SED-Opfer sahen das Fernbleiben von der Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 2016 durch die Vertreter der Stadtverwaltung Neubrandenburg (trotz vorheriger verbindlicher Zusage) als eine Beleidigung an. Für eure Bemühungen möchte ich mich schon heute bedanken.

*Mit freundlichen Grüßen
Euer Peter Heubach, OV der SPD Rostock-Nord
Fördermitglied des Dachverbandes der
Opferverbände UOKG Berlin
Mitglied der VOS, Bezirksgruppe Rostock*

Ein wichtiger Beitrag für nachfolgende Generationen

Bundespräsident Gauck würdigt Ausreise-Buch von VOS-Kameradin Barbara Große

In der vorigen Fg-Ausgabe stellten wir mit einer ausführlichen Rezension das Zeitzeugen-Buch unserer in Mainz lebenden Kameradin Barbara Große vor, in dem sie sehr eindrucksvoll ihren Lebenslauf, beginnend in der DDR und mit offenem Ende in der Bundesrepublik, beschreibt. Dieses Buch hat insonderheit wegen seiner persönlichen Färbung und seiner Kritik am sozialistischen DDR-System viel Interesse gefunden und bleibt daher ein Zeugnis, das lange Bestand haben wird.

Zu denen, die dem Buch ihre Aufmerksamkeit widmeten, gehört nun sogar der Bundespräsident unseres Landes, Joachim Gauck, der bekanntlich selbst ein dem Widerstand gegen das DDR-Regime ausgerichtetes Leben aufweist und der der Autorin wegen dieser Veröffentlichung eine besondere Bedeutung zumisst. Darüber hinaus tritt Joachim Gauck mit der Würdigung des Buches nun auch der Meinung entgegen, er übersehe in seinen Ansprachen, wenn es um den Zusammenbruch der DDR geht, am hohen Anteil der ehemaligen politischen Häftlinge des kommunistischen Regimes vorbei.

Lesen Sie nachstehend das Schreiben des Bundespräsidenten, das uns Barbara Große zur Veröffentlichung übersandte.

Sehr geehrte Frau Große, ich habe mich gefreut, von Ihnen zu hören und danke Ihnen sehr, dass Sie mich an Ihren Erinnerungen an den beschwerlichen Weg „in die Mainzer Freiheit“ teilhaben ließen.

Mit Ihren Aufzeichnungen leisten Sie einen wichtigen Beitrag dazu, dass auch nachkommende Generationen das Joch der kommunistischen Diktatur werden nachempfinden können. Mögen Sie diese Erkenntnis als Ermutigung verstehen, ebenfalls für Demokratie, Vielfalt und Rechtsstaatlichkeit einzustehen.

Für Ihr weiteres Schaffen wünsche ich Ihnen, sehr geehrte Frau Große, alles Gute und sende Ihnen nach Mainz freundliche Grüße



Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Joachim Gauck

Brief des Bundespräsidenten vom 20. September 2016 an Barbara Große. Fotos: © AR

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Freiheitspreis im Brandenburger Dom an das Menschenrechtszentrum Cottbus, verliehen

Unter der Anwesenheit prominenter Politiker wurde am 11. Oktober im 851-jährigen Dom zu Brandenburg erstmalig, der auf 25.000 Euro dotierte Freiheitspreis von Brandenburg verliehen. Empfänger war, wie das schon zuvor angekündigt wurde, das Menschenrechtszentrum Cottbus, das in den letzten Jahren in breitem Umfang wichtige Beiträge zur Dokumentation des politischen Unrechts gegen Widerständler, Andersdenkende oder Fluchtwillige, die mit der politischen Linie der DDR nicht einverstanden waren, geliefert hat. Die Übergabe erfolgte an Sylvia Wähling vom Vorstand des Zentrums.

Das Menschenrechtszentrum wurde 2007 als gleichnamiger Verein gegründet, dem mittlerweile immer mehr ehemalige politische Häftlinge, die diesen Ort durchlaufen haben, beigetreten sind. Im Jahr 2011 gelang es dem Verein schließlich, das ehemalige Gefängnis zu erwerben, seitdem haben Erinnerung und Dokumentation des geschehenen staatlichen DDR-Unrechts einen konkreten Platz. Auch die VOS – vor allem Kamerad Hugo Diederich – hat ihren Anteil an der Schaffung der Gedenkeinrichtung und des Vereins.

Eine besondere Würdigung der Einrichtung und der dortigen Dokumentation erfuhr die Veranstaltung durch die Teilnahme von Deutschlands Außenminister Frank Walter Steinmeier (Foto links), der als Schirmherr bei der Preisübergabe auch eine Laudatio hielt.

Der Preis, so die Festlegung, wird alle zwei Jahre vergeben. Als Geldgeber unterstützten der Technologiekonzern ZF Friedrichshafen und die Deutsche Bank die Ausschreibung. Bereits zu dieser ersten Preis-Vergabe lag eine Reihe von Vorschlägen vor, so dass es für die fünfköpfige Jury sicher nicht leicht war, eine Entscheidung zu fällen.

Der Dechant des Brandenburger Domstifts Prof. Dr. Wolfgang Huber, der auch Vorsitzender dieser Jury war, äußerte sich äußerst positiv über das Wirken des Menschenrechtszentrums. Das Zusammenwirken von Betroffenen und heutigen engagierten Bürgerinnen und

Bürgern sei eine überzeugende Grundlage für dieses wichtige Projekt, dies wirke als Schutz und Ansporn im Sinne der Freiheit von der Vergangenheit in die Gegenwart und die Zukunft hinein.

Immerhin war auch die Kirche als Opposition, aber ebenso als ideologische Schlachtbank in der DDR ein wesentlicher Bestandteil der Widerstandsbewegung im Unrechtsstaat. Wenn wir allein an Oskar Brüsewitz denken, dessen Todestag nun vierzig Jahre zurückliegt, offenbart sich diese Tatsache.

Man darf hoffen, dass in zwei Jahren wiederum ein würdiger Preisträger gefunden wird.

Für Frank Steinmeier war es selbstredend ein persönliches Anliegen, das Streben nach Freiheit zu unterstützen und jene zu würdigen, die sich für die Freiheit aller einsetzen und eingesetzt haben. Freiheit, wir wissen es, ist keine Selbstverständlichkeit, sie wird einem nicht geschenkt, oft genug erreicht man sie nur unter der Bereitschaft, Opfer zu bringen.

Das Cottbuser Menschenrechtszentrum mit seinen original erhaltenen Gebäuden aus der Haftanstalt ist nicht nur als Gedenkstätte bekannt, wo sich ehemalige politische Häftlinge einbringen. Hier wird zugleich eine Gedenk- und Bildungsstätte unterhalten, über die auch in der Fg öfter berichtet wurde.

Sehr erfreulich ebenfalls, dass unser Kamerad Gino Kuhn (Foto rechts vor einem seiner Bilder), dessen künstlerischer Rang unbestritten ist, durch die Ausstellung seine Werke einen geschichtlich relevanten Rahmen zur Verleihungsfeier präsentieren durfte. Gino Kuhn, gebürtig in den Alten Bundesländern, wurde ebenfalls Opfer des SED-Unrechts und musste schwere Jahre in Cottbus verbringen.

Für viele überlebende ehemalige Häftlinge, die in der Cottbuser oder einer anderen sozialistischen Haftanstalt gefangen gehalten wurden,



ist die hohe Würdigung eine späte Bestätigung und ein Dank für den Kampf gegen das um sich greifende Vergessen, und es ist eine Hilfe bei der Aufarbeitung. Denn es tut unbestrittenermaßen gut, wenn möglichst viele Menschen von dem gemeinsamen Schicksal wissen und wenn dies dann – stellvertretend – durch eine hohe Auszeichnung gewürdigt wird. *Valerie Bosse*

Über die Rolle der evangelischen Kirche in der DDR:

Will man, dass die Kirche der DDR – siehe Oskar Brüsewitz – in eine harte Oppositions- oder gar Widerstandshaltung abdriftet, oder arrangiert man sich besser mit den SED-Ideologen? Das Angebot einer *Kirche im Sozialismus* ist längst keine Illusion mehr, viele Kirchenmänner halten es für gangbar und sogar für alternativlos, einige sogar für attraktiv und ehrlich. Zumindest sehen viele darin eine Chance zu überleben. Der Staat hat der Evangelischen Kirche gnadenvoll die Hand ausgestreckt, man könnte, sollte, müsste sie annehmen – und daraus fressen.

*Aus: Der Fall Brüsewitz
Lebensstationen 1929 – 1964
Alexander Richter-Kariger
www.first-minute-buecher.de
404 Seiten, 22 Euro*

Zwangsarbeit: Zahlungen für Betroffene 1939 bis 1956 möglich

Auch für Hinterbliebene bestimmter Gruppen sind 2.500 Euro in Aussicht gestellt

Nach einer zuletzt eingegangener Meldung können ehemalige deutsche Zwangsarbeiter, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit kriegs- oder kriegsfolgenbedingt zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, einen einmaligen Anerkennungsbetrag in Höhe von 2.500 Euro erhalten.

1. Wer gehört zu dem berechtigten Personenkreis (Berechtigter)?

Voraussetzung für die Anerkennungsleistung ist, dass Sie wegen Ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder deutschen Volkszugehörigkeit zwischen dem 01.09.1939 und vor dem 01.04.1956 durch eine ausländische Macht zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden. Antragsberechtigt ist nur, wer als Zivilperson zur Zwangsarbeit verpflichtet wurde.

2. Können Hinterbliebene die Leistung erhalten?

Wenn der Berechtigte in der Zeit zwischen dem 27. 11. 2015 und dem 31. 12. 2017 verstorben ist, kann ein Hinterbliebener (d. h. ein Kind oder Ehegatte) die Anerkennungsleistung erhalten.

Es liegt eine Richtlinie des Bundesverwaltungsamtes vom 7. Juli 2016 zugrunde. Darauf aufmerksam gemacht wurde die Bundesgeschäftsstelle durch einen Anruf eines Kameraden aus Sachsen.

*Hugo Diederich,
VOS-Bundesgeschäftsstelle*

Anerkennungsleistung für ehemalige deutsche Zwangsarbeiter können wie nach stehend aufgeführt beantragen werden:

Auf Antrag können ehemalige deutsche Zwangsarbeiter, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit

kriegs- oder kriegsfolgenbedingt zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, einen einmaligen Anerkennungsbetrag in Höhe von 2.500 Euro erhalten.

Die Durchführung der Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter wird durch das BVA übernommen.

Für die Antragsteller steht eine Service-Telefonhotline unter der Nummer 022899358 - 9800 zur Verfügung. E-Mails können an folgende Adresse gerichtet werden: AdZ@bva.bund.de. Die Voraussetzungen zum Erhalt der Leistung sind in der AdZ-Anerkennungsrichtlinie näher geregelt. Auf der rechten Auswahlseite stehen der Richtlinienentwurf, das Antrags- und Vollmachtenformular, sowie ein Merkblatt mit Ausfüllhinweisen zum Download zur Verfügung. Informationen in russischer, polnischer, rumänischer und englischer Sprache können über die linke Auswahlseite aufgerufen werden.

Ihr Kontakt: Herr Rainer Hoffstedde

Telefon: 022899358-9800

Postanschrift: Bundesverwaltungsamt – Außenstelle Hamm - Alter Uentropfer Weg 2, 59071 Hamm Deutschland

Zuständige Organisationseinheiten:

Referatsgruppe BT II

http://www.bva.bund.de/DE/Organisation/Abteilunggen/Abteilung_BT/Zwangsarbeiter/zwangsarbeiter_node.html

Hinweis: Das Merkblatt zu dieser Information kann aus dem Internet heruntergeladen werden. Ein Formular zur Beantragung kann bei der VOS-Geschäftsstelle angefordert und handschriftlich ausgefüllt werden. Es existiert jedoch als pdf-Datei, die per PC ausgefüllt werden kann.

Thema Zwangsarbeit: Wir treten weiter auf der Stelle

Die obige Meldung (zugeleitet von unserem Kameraden Siegfried Müller) über die Entschädigung für Zwangsarbeit, die in den letzten Diktaturen erlitten wurde, kann zum einen als positiv bewertet werden, zum anderen führt zu weiteren Fragen.

Der positive Aspekt: Die Schicksale von „damals“ sind also doch nicht ganz vergessen, und die Anträge und Nachfragen der letzten Jahre bezüglich dieser offenen Entschädigungsfrage hatten zumindest einen Impuls zur Folge. Und doch bleibt die zweite Seite unbefriedigend bzw. gar nicht beantwortet. Sie führt zu der Frage: Was ist mit der geleisteten Zwangsarbeit insgesamt?

Die Aktivitäten, auch die der VOS, mit denen nachdrücklich auf die im sozialistischen Straf-

Der Kommentar

vollzug geleistete Zwangsarbeit hingewiesen wurde, hat in allen Fällen, die konkret untersucht wurden, zur Bestätigung der Erklärungen der Zeitzeugen, also der ehemaligen Häftlinge, geführt: Ja, es wurde Zwangsarbeit geleistet, und wer sich diesem Zwang widersetzte, musste mit einer noch schlimmeren Behandlung rechnen, als sie der sozialistische Strafvollzug ohnehin darstellte. Insonderheit die Haftanstalt Brandenburg-Görden, die

einen unfallträchtigen und gesundheitsschädigen Moloch an technisch rückständigen Fabrikeinrichtungen beherbergte, ist hier hervorzuheben. Während sich der Möbelverkaufsgigant IKEA noch um ein Eingeständnis der brandenburgischen Profitquelle windet und man an den Autokonzern Mercedes, der das Kombinat IWL übernommen hat, noch nicht herangetreten ist, konnte zumindest die Bahn AG die erdrückenden Beweise nicht abstreiten.

Geschehen ist freilich nichts. Es wird geredet, bedauert und bemitleidet. Wie immer übrigens. Und das ist dann auch schon alles.

Tom Haltern

Wegen antisowjetischer Propaganda zweimal 25 Jahre Haft

Nachruf auf Hans-Jürgen Jennerjahn, der am 28. August 2016 im Alter von 87 Jahren verstorben ist.

Hans-Jürgen Jennerjahn wurde am 8. Oktober 1928 in Schwerin geboren. Als Jugendreferent der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) trat er im Oktober 1949 nach der Verhaftung seines Parteifreundes Arno Esch aus der Partei aus und engagierte sich mit Freunden im Widerstand.

Am 5. Juli 1950 wurde Hans-Jürgen Jennerjahn vom Staatssicherheitsdienst der DDR verhaftet und der sowjetischen Geheimpolizei NKWD übergeben. Am 19. Oktober 1950 verurteilte ihn das Sowjetische Militärtribunal in Schwerin zusammen mit elf anderen Personen wegen antisowjetischer Propaganda und illegaler Gruppenbildung. Hans-Jürgen Jennerjahn wurde zu zweimal 25 Jahren verurteilt, zusammengezogen zu 25 Jahren Strafärbeitslager. Im Zwangsarbeitslager Workuta nördlich des Polarkreises musste er unter harten und menschenunwürdigen Bedingungen Schwerstarbeit in einem Kohlebergwerk leisten. Die Angehörigen von Hans-Jürgen Jennerjahn erfuhren erst Ende 1953 durch Heimkehrer von seinem Schicksal.

Nach seiner Entlassung am 15. Oktober 1955 floh er über Westberlin in den Westen nach Hamburg. Dort arbeitete er zunächst in seinem Beruf als Kaufmann und später bis zu seiner Pensionierung als Steuerinspektor beim Finanzamt.

Hans-Jürgen Jennerjahn wurde am 26. Juni 1996 durch die Militärhauptstaatsanwaltschaft Moskau rehabilitiert. Hans-Jürgen Jennerjahn gründete 1956 einen Ortsverband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermissten-Angehörigen und engagierte sich später in der Lagergemeinschaft Workuta/GULag.

Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen von für Mecklenburg-Vorpommern Drescher würdigte Hans-Jürgen Jennerjahn als unermüdlichen Aufklärer und Zeitzeugen für die Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft. Noch im Juni 2016 erinnerte Hans-Jürgen Jennerjahn auf der Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag in Schwerin an die Unierdrückung durch die sowjetische Besatzungsmacht und die SED-Diktatur. Mit seinen Haftkameraden protestierte er gegen das Lenin-Denkmal im Schweriner Neubaugebiet Mueßer Holz als mutmaßlich einzig verbliebenes Lenin-Denkmal des ehemaligen Ostblocks außerhalb Russlands. *Burkhard Bley, Schwerin*

Aus: Internetseite Workuta.de

Ann.: Für geschichtsinteressierte Leserinnen und Leser findet sich auf der vorgenannten Web-Site ein aufschlussreiches „Repertoire“ an Paragrafen, nach denen entsprechend Art. 58 des russisch-sowjetischen Strafrechts Urteile gegen „Staatsfeinde“ verhängt wurden.

Es galt das russische Sprichwort:
*Gib mir nur den Menschen, den Paragrafen
für ihn finde ich schon.*

Statt einer richtigen Diagnose nur mit Psychopharmaka behandelt

Über den heutigen Umgang mit SED-Opfern und das Vergessen einstigen Widerstands

☒ Meine lieben Freunde von der VOS, bravo, der Artikel von Siegfried Müller in der Aprilausgabe der Freiheitsglocke, das war sehr gut, das liest man sonst nirgendwo, und das kann der Frau, der Tochter und den Enkeln vorgelesen werden! Selbstbespiegelungen und eigenes Schulterklopfen sind uninteressant.

Die Hierarchien der Opfer haben sich deutlich zu unseren Ungunsten verschoben; und zwar weltweit. Ich frage mich seit Längerem, kann ich heute noch offen aussprechen, was ich sagen will oder muss ich davor Angst haben. Kampf den Nazis, gegen Kommunisten höchstens in Nordkorea. Dazu das Ringen zwischen Sunniten und Schiiten, aber deutsche Waffenlieferungen an beide Fronten? Darf diese Frage gestellt werden oder ist das nur Sarah Wagenknecht von den Linken erlaubt? Wir als ehemalige politische Häftlinge des Kommunismus leiden trotz der neuen politischen Schwerpunkte weiter an den schweren Schicksalen, die wir vor Jahrzehnten erlitten haben.

Egal, wenn Konstantin Wecker morgens im Deutschlandfunk sagt, Revolution ist links und Putsch ist rechts.

War also der 17. Juni 1953 das, wofür ihn die DDR-Oberen erklärten, ein konterrevolutionärer Putsch? Im heutigen High-Tech-Land will natürlich niemand mehr alte Politik-Fragen, wie wir sie z. B. noch

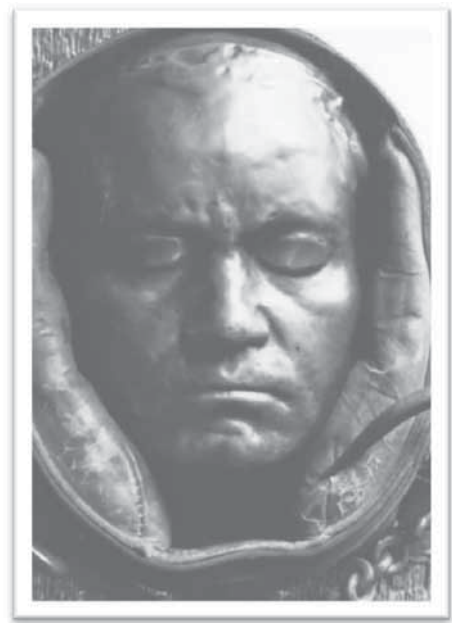
1976 diskutierten, hören. Für meine Enkel ist der „Opä“ ein Exot oder „Politik-Freak“. Den Therapeuten, zu denen ich kam, musste erst erklärt werden, was einem seinerzeit im „Arbeiter- und Bauernparadies“ passiert ist. Man wurde lediglich mit Psychopharmaka behandelt, eine wirkliche Diagnose wurde nicht gestellt.

Mein Lebenswunsch ist inzwischen oft genug einfach die Sehnsucht nach dem Lebensende. Wie einst in der DDR werde ich heute angesichts meines Schicksals kaum beachtet und beleidigt. Dabei bin ich von Herkunft her „multikulturell“. Meine Vorfahren sind hugenottische Einwanderer, mein Vater ist ein unbekannter russischer Offizier, dessen Name und Adresse auch durch die CIA nicht aufgeklärt werden konnten. Ich bin ohne wirkliche Eltern aufgewachsen und wurde von einem Pflegevater als „Russenbalg“ bezeichnet.

Sicherlich bin ich nicht der Einzige, der auf ein solches Schicksal zurückblickt. Aber nicht jeder Mitleidende kann seinen Kummer und die Verzweiflung ausreichend artikulieren. Auf jeden Fall würde ich mich über Diskussionen freuen.

Alexander Wörner

Kollage von Andreas Kaiser. Im Widerstand erstarrt



Wenn einen die eigenen Zitate einholen: „Kommt Zeit, vergeht Unrat!“

Hermann Kant starb am 14. August 2016. Ein Nachruf von Dr. Jörg B. Bilke

Knapp zehn Wochen nach seinem 90. Geburtstag verstarb am 14. August 2016 der DDR-Schriftsteller Hermann Kant in einem Krankenhausbett in Neustrelitz/ Mecklenburg. Seine in Köln lebende Biografin Linde Salber war in der Stunde seines Todes am Sonntagmorgen bei ihm.

Hermann Kant lebte seit Jahresbeginn in einem Altersheim in Neustrelitz, nachdem er in seinem Haus im Vorort Prälank, wo nur ein Zimmer beheizbar war, in der Nacht gestürzt und bis zum Morgen hilflos liegen geblieben war. Seinen Fernsehapparat hatte er, bei immer schlechter werdender Sehkraft, wegräumen lassen. Seine 2015 veröffentlichte Erzählung „Ein strenges Spiel“ hatte er als sein letztes Buch bezeichnet.

Hermann Kant, ein mit Kulturpreisen, darunter zweimal der „Vaterländische Verdienstorden“ und zweimal der „Nationalpreis“, überhäufte „Staatsdichter“, hat DDR-Literaturgeschichte geschrieben. Er ist Verfasser der Romane „Das Impressum“ (1972), „Der Aufenthalt“ (1977) und „Die Aula“ (1965), und zugleich, in der Nachfolge von Anna Seghers, als zweiter und letzter Präsident des DDR-Schriftstellerverbands 1978/90, der im Auftrag seiner Partei den DDR-Sozialismus kritisierende Kollegen bedrängte, beschimpfte und ins westdeutsche

Exil trieb. Dem Lyriker Reiner Kunze hat er bei dessen Ausbürgerung nach Bayern am 13. April 1977 nachgerufen: „Kommt Zeit, vergeht Unrat!“, ohne sich jemals dafür entschuldigt zu haben, auch nach dem Mauerfall 1989 nicht.

Die Tragik des gelernten Elektrikers Hermann Kant, dem es nach Krieg und vierjähriger Gefangenschaft in Polen vergönnt war, an der „Arbeiter- und Bauernfakultät“ in Greifswald das Abitur abzulegen und bei Alfred Kantorowicz in Ost-Berlin Germanistik zu studieren, bestand darin, dass er, der seit 1962 Schriftsteller war und 1978 zum Kulturfunktionär aufstieg. Damit war ein ständiges Spannungsfeld zwischen Hermann Kant, dem Schriftsteller, und Hermann Kant, dem Staatsdiener, eröffnet, das bis zum Mauerfall nicht entschärft werden konnte. Nun war er verpflichtet, die Anweisungen der Partei, die der Literatur einen „gesellschaftlichen Auftrag“ zugewiesen hatte, bedingungslos umzusetzen.

Gelegentlich hatte Hermann Kant, das soll nicht verschwiegen werden, selbst Schwierigkeiten mit der Literaturpolitik seines Staates. Sein zweiter Roman „Das Impressum“ (1972) über den erstaunlichen Aufstieg David Groths vom Laufburschen einer Zeitung bis zum Chefredakteur, der dann zum Minister berufen wird, wurde 1969 in der

FDJ-Zeitung „Forum“ vorabgedruckt, konnte aber erst drei Jahre später als Buch erscheinen, weil von einem anonym bleibenden Zensor im SED-Politbüro eine harmlose Passage als „gesellschaftskritisch“ gewertet worden war. Als er 1978, frisch im Amt des Verbandspräsidenten, dem Leipziger Schriftsteller Erich Loest eine zweite Auflage seines Romans „Es geht seinen Gang“ (1977) verschaffen wollte, sprach er forsch bei Erich Honecker vor und drohte mit Rücktritt, was ihm harte Partei-schelte eintrug.

Zur „Gesellschaftskritik“ ist es aber später doch noch gekommen, in den beiden Erzählungsbänden „Der dritte Nagel“ (1981) und „Bronzezeit“ (1986). Hermann Kant, dialektisch geschult, konnte dort mit unbequemen Themen DDR-Kritik üben, wobei er immer im Rahmen des gerade noch Erlaubten blieb. Im „dritten Nagel“ beispielsweise nahm er sich die DDR-Mangelgesellschaft vor, wo verbotene Bücher gegen frische Brötchen bei einem Privatbäcker und Karten für den Opernball gegen den Termin für eine Trauung getauscht werden. Das ist gekonnt erzählt und offenbart, dass er die DDR-Gesellschaft und ihre Ausweglosigkeit kannte, ohne sie tiefer ergründen zu wollen.

Jörg Bernhard Bilke

Oskar Brüsewitz – Buchlesung in Markkleeberg/ Kurzrezension

Aus seinem soeben erschienenen Buch „Der Fall Brüsewitz – Lebensstationen 1929 bis 1964“ las im September Fg-Redakteur Alexander Richter in der Stadtbibliothek von Markkleeberg, an der sich auch der Oberbürgermeister beteiligte und zu dem sich ein großes, sehr interessiertes Publikum einfand.



In Markkleeberg verbrachte Brüsewitz etwa fünf Jahre. Hier schlug er seine erste Schlacht für die Kirche und gegen die SED. In einem Ermittlungsverfahren und einem längeren Verhör erlitt er die ersten intensiven juristischen Drangsalierungen, was in Richters Buch ausführlich beschrieben wird.

Jörg Bilke, regelmäßiger Rezensent für die Fg, stellte das spannende Buch bereits in mehreren Publikationen

vor, so dass wir aus seiner Besprechung einen kurzen Auszug abdrucken können:

Der Chefredakteur der Freiheitsglocke hat das Leben des Oskar Brüsewitz jahrelang erforscht. Schon 2006 hat er das Buch „Das Unfassbare – Ideale und Konsequenzen im Leben und Tod des Oskar Brüsewitz“ veröffentlicht, seitdem hat ihn das Thema nicht mehr losgelassen. Als akribisch arbeitender Spurensucher hat er dreimal Willkischken im Memelland aufgesucht und zudem die einzige Schwester des Pfarrers, Helga, aufgefunden gemacht, die in Australien lebt. Bis zu den Großeltern geht der Blick zurück.

Eduard und Pauline Brüsewitz stammten aus Estland, das 1710 russisch geworden war. Der Vater Edgar Arthur, geboren 1900 auf der Insel Krenholm in der Narva, dürfte nach dem Ersten Weltkrieg nach Willkischken gekommen sein. Eine besondere Hilfe bei seiner biografischen Recherche war die neunbändige Dorfchronik von Wischwill, die Hans-Ehrhardt von Knobloch, geboren in Tilsit, seit 1986 erstellt hat.

Dr. Jörg B. Bilke / Hugo Diederich

Ein Unrecht, das durch die Hintertür hereingetragen wurde

Eine Nachbemerkung zu den Protestaktionen gegen das Renten-Unrecht

Wie bereits auf der Titelseite dieser Ausgabe vermeldet, fand am 18. Oktober eine erneute öffentliche Protestaktion gegen die offensichtliche Benachteiligung der Übersiedler aus der DDR statt. Hierzu wurden bereits in früher erschienenen Ausgaben Stellungnahmen und Kommentare abgedruckt. Nachstehend erhalten die Initiatoren der Proteste Gelegenheit, nochmals ihre Argumente darzulegen.

Hintergrund: Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR wurden bei ihrer Ankunft sofort im Rahmen ihrer Eingliederung nach den Regeln des Fremdrentengesetzes (FRG) in das bundesdeutsche Rentensystem eingegliedert. Dieses Integrationsprinzip galt von 1959 bis zum Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 18. Mai 1990. Der Einigungsvertrag vom 30. August 1990 enthält keine Aussage über die in der alten Bundesrepublik Deutschland eingegliederten DDR-Altübersiedler.

Nach der Wiedervereinigung wurde diese Integration für alle nach 1936 Geborenen aufgehoben. Über diese Manipulation wurde nicht informiert! Die Rentner sollten erst bei Renteneintritt davon erfahren, dass ihre Altersbezüge oft schlechter ausfallen als die ihrer ehemaligen Kollegen im Osten. Für diese Manipulation der Anwartschaften hat im 12. Bundestag niemand die Hand gehoben. Kein Abgeordneter wusste davon! Selbst der damals hierfür zuständige Minister Norbert Blüm erfuhr angeblich erst von den Betroffenen, was hier passiert ist.

Die Umsetzung der Manipulation der Anwartschaften erfolgt durch die Rentenversicherung auf Veranlassung des zuständigen Ministeriums für Arbeit und Soziales, weil es das entsprechende Gesetz bewusst falsch auslegt wird.

Die Manipulation der Anwartschaften ist durch kein einziges Gesetz gestützt; sie ist also ungesetzlich! Zahlreiche Mitarbeiter der Rentenversicherung können nicht verstehen, was da passiert ist.

Die ungesetzliche Anwendung des RÜG auf die Flüchtlinge bedeutet, dass auch Zahlungen in die „freiwillige Zusatzversicherung der DDR“ bewertet werden. Eine solche Versicherung wäre aber für Flüchtlinge, die unter großen Opfern die DDR verlassen wollten, vollkommen sinnlos gewesen. Schließlich begehrten die Flüchtlinge keine Rente von der DDR.

Die finanziellen Auswirkungen sind sehr unterschiedlich. Meist trifft es Ehepaare mit Rentenverlusten bis zu 800 Euro. Hierzu gibt es keine Zahlen und auch keine Vergleichsrechnungen. Die Manipulationen erfolgten vermutlich Ende der neunziger Jahre, ohne dass die Rentenversicherung wusste, wer damit in welchem Maße betroffen sein würde. Die jetzt bekannte Zahl von 316.000 ist erst 2010 aufgrund massiver Forderungen von Abgeordneten ermittelt worden.

Nachgewiesen ist inzwischen, dass viele Betroffene dadurch deutlich unter die Armutsgrenze sinken. Das trifft auch für Menschen mit hohen Qualifikationen zu.

Fazit: Die Renten der betroffenen Übersiedler sind viel niedriger als die jener Menschen, die in der DDR geblieben sind. GEGEN DIESES UNRECHT PROTESTIEREN WIR!

Wolfgang Graetz, Dr. Wolfgang Mayer

Den eigenen Weg auf Umwegen gefunden und doch weiter gesucht

Der Schriftsteller Wolfgang Hilbig wäre am 31. August 75 Jahre geworden. Ein Rückblick

Der Schriftsteller und Dichter Wolfgang Hilbig ist eigentlich nur einem begrenzten Kreis von Leserinnen und Lesern bekannt. Das ist schade, denn sein Werk und seine Person gehören wegen der Vielschichtigkeit und Tiefe zu denen, die für die Nachwelt eher Aufschluss über die Zeit der Teilung Deutschlands geben können als die professionalisierten Vorbeter, die inzwischen für einen Mainstream sorgen, der die authentischen Biografien immer mehr ausgrenzt. Hilbigs Biografie weist die Entwicklung eines Außenseiters aus, wie er auch für Nichtintellektuelle aus der DDR häufig anzutreffen ist. Es waren dies Menschen, denen der Staat nichts bedeutete, die aber auch nicht nach Reichtum oder Konsumtionserfolgen strebten. Eine Art Orientierungslosigkeit, die auch die Verheißungen des Westens ausschloss. Hilbig musste einen

Berufsabschluss erwerben, das war in der DDR Pflicht. Nach Interessen und Eignungen wurde da wenig gefragt. Die Jungen gingen auf den Bau oder ins Metall, die Mädchen in Verwaltungen oder Krankenhäuser. Dies ist eine grobe Einteilung, die jedoch der Situation vollends gerecht wird. Wer dann, wie Hilbig, den Mut hatte, sich anderweitig zu entwickeln oder gar auszubrechen, der tat das im privaten Raum oder er probierte einen seichten, vom Staat kontrollierten Weg, der in Hilbigs Fall *Zirkel Schreibender Arbeiter* hieß. Diese Zirkel gab es in den Bezirksstädten oder im Anhang der großen Kombinate. Hierher kamen die Kleinen, die sich groß fühlten, oder eben Leute, denen der Horizont der DDR nicht genügte. Und hin und wieder gelang es Leuten, die dann Staatstreue hielten, sich langfristig auf dem Profi-Sektor zu etablieren. Da die

DDR auch das als legalen Beruf anerkannte und eine soziale Basis bot, war dies für Angepasste ein durchaus gangbarer Weg. Wolfgang Hilbig jedoch war kein Angepasster. Er war ein Suchender. Zudem berührte er seine Außenwelt zurückhaltend, verschlossen – zumindest im Reden. Im Schreiben gelang ihm hingegen sehr viel an Mitteilung, und damit glich er so manchem Kauz aus der schreibenden Zunft. Für das Leben und das Schreiben (!) in der DDR war ein solcher „Kulturschaffender“ unbrauchbar. Nicht nur aus politischen, sondern auch aus sozialen Gründen. Leute vom Rand waren nur brauchbar, wenn man sie zum sozialistischen Individuum formen und dann vorzeigen konnte: In Filmen und Fernsehspielen. Wolfgang Hilbig reiste 1985 in den Westen aus. Er starb mit 65, und er wäre in diesem August 75 geworden. VB

Es fehlt die wirklich offene, öffentliche Diskussion. Warum?

Über die Frage, was ist Rassismus, seit wann existiert er und wer wird davon freigesprochen

Das Thema Rassismus bewegt in den heutigen Tagen die Menschen, die Medien und die Parteien. Was darf man sagen, was fragen, wen kritisieren? Deutschland steht, nachdem es im vorigen Jahr eine große Zahl an Flüchtlingen aufgenommen hat, vor Problemen, mit denen vor wenigen Jahren niemand gerechnet hat. Dabei sind die Finanzierung und die Organisation der Integration inzwischen weniger in Frage zu stellen als der Umgang mit den fremden Menschen, mit ihren Religionen und ihren Lebensgewohnheiten. Vieles von dem, was sie mitbringen, erscheint uns fremd und unannehmbar. Aber nicht minder fremd sind den Einwanderern die Lebensgewohnheiten und Lebensregeln der Deutschen. So entstehen Widersprüche, Ablehnung und nicht selten Hass. Hinzu kommt die Angst vor Terror und Unterwanderung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Islam ist da, das ist unübersehbar und sicherlich nicht mehr zu verdrängen. Es hat ihn natürlich auch vor der Flüchtlingswelle hier gegeben, aber da hat er noch wenig Aufmerksamkeit erregt, zumal er seine Rituale eher im Verborgenen vollzog. Dass dazu Kopftücher bei Frauen oder gar die Vollverkleidung namens Burka gehören, wurde freilich erst jetzt deutlich. Und auch jetzt erst wird darüber – außer in der Fg, wo bereits vor Jahren die Frage nach dem Sinn des Tragens von Kopftüchern als Zeichen der Religiosität gestellt wurde – öffentlich darüber diskutiert. Allerdings: Eine wirklich öffentliche und offene Diskussion findet nicht statt. Wer nämlich die Frage nach dem Sinn von Kopftuch und Burka stellt, dem wird gesagt, das gehört zur Religion des Islam. Und wer dann noch Genaueres wissen will, nämlich warum der Islam diese Kleidungsstücke – auch in geschlossenen Räumen und außerhalb von Gottesdiensten – vorschreibt, der muss dann schon damit rechnen, als Rassist bezeichnet zu werden. Und mit dieser Wertung, die man auch so schnell nicht mehr los wird, ist man in der Gesellschaft weitestgehend geächtet.

Genau genommen ist man sogar schon in einer ungünstigen Position, wenn man den Begriff des Rassismus' – abgesehen am Stammtisch oder bei seinem Friseur – überhaupt hinterfragt. Man verstößt gegen *Ab-sprachen*, die nicht wirklich *abgesprochen* sind, aber dennoch existieren. Das erinnert an die DDR. Oder nicht? Durfte man dort öffentlich dem widersprechen, was im Neuen Deutschland stand? Wurde man dort nicht auch in die Ecke der Querulanten gestellt? Es ist daher keine Überraschung, dass ehemalige Oppositionelle, Widerständler und Opfer entsprechende Vergleiche ziehen und gerade sie sich empören, wenn man ihnen über das Maul fährt und sie als „Rechte“ oder Rassisten abstempelt. Wer seinerzeit in der Diktatur für die freie Meinung gekämpft hat, der lässt sich dieselbe nun mal ungern nehmen, da er sie endlich zu haben meint.

Der Staat und die großen Medien haben dafür offenbar kein Verständnis. Alle, die nicht dem vorgegebenen Mainstream folgen, sind Rüpel, Hooligans, Asoziale. Auch das ist nicht neu. Wir erinnern uns diesbezüglich der Haltung von Erich Honecker, als er dem (restlichen) Volk und der übrigen Welt 1989 abfällig mitteilte, man lege in der DDR auf die vielen tausend Flüchtlinge sowieso keinen Wert.

Es macht wahrhaftig keinen guten Eindruck, wenn – wie wir es zur Einheitsfeier in Dresden erlebten – da Menschen auf der Straße stehen und die Politiker zum Verschwinden auffordern. Sowas ist peinlich, es gehört sich nicht. Es hinterlässt auch bei Beobachtern aus dem Ausland alles andere als einen guten Eindruck von uns Deutschen. Und doch sind auch dies Bürger, die weder kriminell oder gewalttätig sind. Nicht jedem sind die rhetorischen Eignungen und das geschulte Verhalten unserer Politiker gegeben. Nicht jeder verfügt über eine geeignete Kinderstube und eine höhere Schulbildung.

Kann man zudem Menschen, die sich nach Jahrzehnten der sozialistischen Diktatur in die Freiheit gerettet haben und deren Schicksale plötzlich als abgearbeitet oder gar bedeutungslos dargestellt wird, vorwerfen, dass sie zumindest gehört werden wollen?

Die Pauschalisierung von Menschengruppen oder von Regionen ist inzwischen eklatant. Es heißt, der Osten Deutschlands, womit die Neuen Bundesländer gemeint sind, ist „rechts“. Damit werden achtzig Prozent der Bevölkerung in einen Topf geworfen, in dem sich nachweislich aber nur zehn oder zwanzig befinden und die man inzwischen als unbelehrbar und aufsässig abgetan hat. Nämlich jene, die nicht die Parteien gewählt haben, die als politisch korrekt gelten. Bei der Darstellung der Ursachen ist man nicht minder beliebig. Sie liegen, so die allgemein geltende Meinung, in der Vergangenheit. Kommunistische Diktatur, Unfreiheit, Informationsdefizite und dergleichen sind damit gemeint. Dass die Ursachen in der Gegenwart, vielleicht schon in einer geahnten oder befürchteten Zukunft liegen könnten, wird nicht in Betracht gezogen. Oder müsste man nicht darüber nachdenken, dass auf einmal zahlreiche Linke zusammen mit ihren einstigen Opfern – und dies ist wahrlich ein Phänomen – im gleichen politischen Lager zu stehen scheinen?

Die Frage stellt sich daher, handelt es sich wirklich um Rassisten, was ist Rassismus und wo liegen seine Anfänge? Während die Medien und das Internet oftmals so tun, als wäre der Rassismus eine Erscheinung, die erstmals im zwanzigsten Jahrhundert, speziell unter dem Nationalsozialismus, aufgetreten ist und sich in diesem System geradezu flächendeckend ausgebreitet hat, kann man bei genauerem Hinschauen feststellen, dass bereits im neunzehnten Jahrhundert, das als Zeit der Aufklärung und wichtiger gesellschaftlicher Reformen gilt und in dem kein Geringerer als Karl Marx, der Begründer des Dialektischen Materialismus gelebt hat, sich derselbe in Briefen an seinen Freund und Mitstreiter Friedrich Engels äußerst übler Redewendungen und Beschimpfungen bediente, für die er sich in der heutigen Zeit in Deutschland mindestens ein strafrechtliches Gerichtsverfahren wegen Volksverhetzung oder ähnlichen Gesetzesvergehens eingehandelt hätte. Fakt ist, Rassismus und Rassenwahn sind grundsätzlich zu verurteilen. Da spielt es keine Rolle, wer sich dieser Sprache (und dazugehöriger Taten) bediente und bedient und ob man als Genie angesehen wird oder als Querulant gilt, der der Gesellschaft nicht in den Kram passt oder von einigen Schichten oder Gruppierungen quasi vergöttert wird. Das gilt für gestern, heute und für die Zukunft.

→ Seite 11 oben

So erlebten wir vor einigen Jahren eine intensive Diskussion um den historischen Rang des Freiheitskämpfers Ernst Moritz Arndt (1769 bis 1860), der sich mit klaren, für die heutige Zeit sicher unpassenden Bekenntnissen für ein streng national geprägtes, geeintes Deutschland einsetzte und sich gegen eine Zuwanderung von Außen verwahrte. Vor einigen Jahren gab es deshalb heftige öffentliche Diskussionen, in denen man für und wider die Tilgung des Namens und des Werkes von Arndt aus den Geschichtsbüchern und Bibliotheken stritt. Zu einer einheitlichen Wertung kam es allerdings nicht. Es sind dann vor allem links Gesinnte, die derartige Diskussionen grundsätzlich nutzen, um Unruhe zu schaffen. So forderte man in Greifswald die Umbenennung der dortigen nach Ernst Moritz Arndt benannten Universität, wozu es jedoch im Ergebnis einer von vielen Diskussionen begleiteten Abstimmung nicht kam. Letztlich überwog bei der Bewertung der Person und des Werkes die politische Situation, die zu Arndts Lebzeiten von der Besetzung der französischen Armee und Diktator Bonaparte geprägt war, und deren Schrecken der auf Rügen geborene Dichter selbst miterlebt hatte. Zugleich muss man den seinerzeit noch nicht überwundenen Zustand der deutschen Kleinstaaterei in Betracht ziehen. Diesem Streben nach einem geeinten Deutschland hatten sich neben Ernst Moritz Arndt auch andere große glühende Geister, die heute noch verehrt werden, verschrieben. Dass es dann 1870 – wenn auch durch die kluge Strategie eines von Otto von Bismarck – endlich zur Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates kam, war dann auch in entsprechendem Maße den intensiven, auf Nationalität gerichteten Bestrebungen von Persönlichkeiten wie Ernst Moritz Arndt zu verdanken.

Ein eindeutiger Fall von Rassismus wurde mit den Äußerungen des westfälischen Mundart-Dichters Karl Wagenfeld (1869 bis 1939) aufgedeckt. Wagenfeld hatte vor dem Beginn der nationalsozialistischen Diktatur viel für seine westfälische Heimat geleistet. Vor allem in kultureller Hinsicht gab er für Westfalen Impulse und beteiligte sich aktiv an der Heimatforschung im Münsterland und darüber hinaus. Seine teils dominierende Mitarbeit in der Redaktion des Heimatblattes „Rote Erde“ trug zur Stärkung und Förderung der bis dato in diesem Raum etwas vernachlässigten Gattung Literatur bei. Jedoch waren schon vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten fremdenfeindliche Äußerungen des selbstbewussten Wagenfeld angeklungen, die sich nach 1933 in offenem Rassismus und der Verächtlichmachung menschlichen Lebens zeigten.

„Erstlich ist jede zu häufige Mischung der Völker mit fremden Stoffen durchaus ein Verderben, das widerstrebende Triebe und Anlagen hervorbringt und die Eigenthümlichkeit und Kraft des Charakters eines Volkes zerstört.“

Quelle: Internet und Ernst M. Arndt:
Ein Blick aus der Zeit in die Zeit. (1814)

Eine Aufarbeitung und die Einleitung von Konsequenzen dieser inakzeptablen Einstellung wurden erst relativ spät realisiert. So wurden Einrichtungen, Organe und Straßennamen, die nach Wagenfeld benannt waren, erst in jüngster Zeit mit anderen Namen versehen, wobei nicht geklärt ist, inwieweit dies in vollem Umfang geschehen ist.

Schwierig ist die Wertung des Philosophen und Kapitalismus-Kritikers Karl Marx, der trotz des kompletten Scheiterns seiner Lehren in der Praxis bei vielen Historikern ein hohes Ansehen genießt. Er gilt als Vordenker einer neuen humanistischen Gesellschaftsordnung, die freilich für Millionen Menschen mit dem Tod und mit dem Erleiden von Unrecht endete, was er erklärterweise auch im Kalkül hatte, und er hat, gemeinsam mit seinem Freund und Gönner Friedrich Engels, ein riesiges Werk an Schriften hinterlassen.

„Es ist mir jetzt völlig klar, daß er, wie auch seine Kopfform und sein Haarwuchs beweist, von den Negern abstammt (...) Nun, diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen.“

Einschätzung von Karl Marx über seinen Konkurrenten Ferdinand Lassalle
Quelle: Marx an Engels, 1862 (MEW 30)
In: Richard Friedenthal: *Karl Marx – sein Leben und seine Zeit.* München 1981

Noch heute pilgern täglich Menschen zu seinem Grab auf dem Londoner Friedhof Highgate und berufen sich vor allem junge Menschen auf die als humanistisch bezeichneten Intentionen seiner Pamphlete, Artikel und Streitschriften. Seine Genialität ist unantastbar, seine Irrungen – auch die von grundlegender Art – übergeht man heute mit einem Lächeln der Großzügigkeit, denn als Staatsdoktrin hat der Marxismus weitestgehend ausgedient.

Unbeachtet, weil unerwünscht ist die Einstellung dieses zweifellos ungewöhnlichen Denkers zu Fragen der Religionen und der Abstammung geblieben. In einigen Briefen an den Mitstreiter Engels offenbarten sich Urteile und Wertungen konkreter Personen wie auch von Volksgruppen, die einen beim Lesen in Erstaunen versetzen. Juden und Menschen mit dunkler Hautfarbe kommen bei Marx ebenso schlecht weg wie die Pauper, die nach seiner Meinung käuflich und unehrenhaft sind, und das Bürgertum als Ausbeuterklasse.

Marx selbst hatte jüdische Vorfahren, was man nachlesen kann und was hier als Feststellung weder seine Person noch das jüdische Volk in irgendeiner Weise zurücksetzen oder diffamieren soll. Erst sein Vater, ein fleißiger Anwalt, legte in Trier diese „Herkunft“ unter großen finanziellen und beruflichen Anstrengungen ab. Da er früh starb, konnte er nicht mehr mitbekommen, welchen Weg sein Sohn einst nehmen würde.

Würde man es schaffen, die Fehler und Verfehlungen des Denkens und Redens früherer Epochen offen zur Sprache zu bringen, so könnte man sich sicherlich heutigen tags offener mit dem Problem des Rassismus auseinandersetzen. Doch dazu gehört neben der objektiven und gerechten Betrachtungsweise auch die Freiheit des Wortes und der Gedanken, nicht nur der eigenen, sondern auch jenes Individuums, von dem ich nichts weiter weiß, als dass auch er ein Mensch ist, der seine eigenen Gedanken und Vorstellungen vom Leben und Zusammenleben mit den anderen hat. *B. Thonn*

Freiheit ist, seine Gedanken denken und sein eigenes Leben leben zu dürfen.

John. F. Kennedy, früherer US-Präsident

Ein jährliches „Muss“, denn nur Erinnerung schafft Zukunft

Ein ausführlicher Rückblick auf die diesjährige öffentliche Gedenkveranstaltung für die Opfer der Werwolftragödie der Mecklenburgischen Stadt Malchow

Das Opfergedenken ist eingebettet in das 163. Malchower Volksfest, das in dieser Art durch die UNESCO zum immateriellen Kulturerbe erhoben wurde. Zum Volksfest gehört das Opfergedenken als fester Programmpunkt und fand in diesem Jahr zum 19. Mal statt. An diesem Tag wird überwiegend 33 Mädchen und Jungen der Stadt Malchow gedacht, die unmenschliches Leid erlitten und von denen 13 nicht nach Hause zurückkehrten. Die letzten Überlebenden, Angehörige der Toten, Freunde, Bekannte, die Stadt Malchow, die Landesbeauftragte, die Opferverbände, die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und viele andere Interessierte, bekennen ihre Anteilnahme mit den Opfern am Gedenkstein.



Eröffnet wurde das Gedenken durch das Bläserquintett des Heeresmusikkorps Neubrandenburg mit dem „Lied der Mecklenburger“. Anschließend begrüßte der Bürgermeister der Stadt Malchow, Rene Putzar, die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung, u. a. auch Bischof i. R. Heinrich Radtke.

Grußworte wurden gehalten von der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Anne Drescher, dem Mitglied des Vorstands der VOS May-Britt Krüger, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sachsenhausen 1945-1950 Joachim Krüger, dem stellvertretenden Vorsitzenden der UOKG, Roland Lange und dem Vertreter des Partner-

schaftskreises der Samtgemeinde Wesendorf aus Niedersachsen Hans-Jürgen Ollech.



Hierzu ist zu bemerken, dass sich der eben genannte Verein aus den alten Bundesländern im Rahmen eines Jugendprojektes mit dem Thema des russischen Speziallagers Sachsenhausen 1945-1950 befasst.

Nach den Grußworten erklang durch das Bläserquintett des Heeresmusikkorps der „Hannoversche Zapfenstreich“.

Die Gedenkrede hielt der Kreistagspräsident des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte, Thomas Diener. Eine wichtige Aussage in seiner Rede: „Die

Lebenden müssen den Toten eine Stimme geben, und unsere Gesellschaft hat große Verantwortung, dem Vergessen entgegenzuarbeiten.“

Wie bereits in den vergangenen Jahren, haben Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe der Fleesensee-Schule Malchow auch in diesem Jahr an der Gedenkveranstaltung mitgewirkt. Die einführenden Worte eines ehemaligen Schülers zeugen von viel Sachverstand zu diesem Thema. Anschließend haben die Schülerinnen und Schüler in einem Überblick die aufgearbeiteten Verhaftungen in Mecklenburg vorgelesen und die Anzahl der Toten aus der

Region genannt. Einige Teilnehmer der Gedenkveranstaltung äußerten ihr Entsetzen über die hohen Opferzahlen, die ihnen vorher nicht bekannt waren.

Kränze und Gebinde wurden von den Opferverbänden, der Stiftung, der Landesbeauftragten, der Stadt Malchow und dem Landkreis im Gedenken an die Opfer abgelegt.

Danach erklang durch den Trompeter des Bläserquintetts die Silber Melodie „Ich hatte einen Kameraden“, in das dann das gesamte

Quintett einstimmte.

Der Pastor der evangelischen Kirche Malchow fand abschließend in seiner Predigt ergreifende Worte. Nach seinem Amen stimmte das Bläserquintett die Nationalhymne an, und die Anwesenden sangen mit.

Horst Vau

Lange Nacht der Museen in Berlin mit Einblick in Stasi-Sport-Taktik

Unter der dem Motto „Stasi.Macht. Sport“ wurde in der Langen Nacht der Museen in Berlin am 27. August gezeigt, mit welchen perfiden Mitteln das MfS den Sport in der DDR überwachte und im Sinne des ideologischen Drills mitgestaltete. Dazu fanden Führungen, Lesungen und Präsentationen an authentischen Schauplätzen statt.

Einige weitere Veranstaltungen stehen für Interessierte in den Monaten November und Dezember bevor. So wird am 23. November um 19 Uhr im Wappensaal des Berliner Rathauses (Berlin-Mitte) innerhalb des Themas Ideologie und Justiz über Die Babelsberger Konferenz referiert und diskutiert.

Am 7. Dezember stellt sich in einer Diskussionsrunde im Deutsch-Russischen Museum die Frage „Der Kommunismus – was bleibt von seiner Ideologie und Politik?“

Nähere Informationen durch den Landesbeauftragten Berlin.

Über Olympiasieger, Weltmeister, Europameister, Deutsche Meister

Vom staatlich angeordneten Doping will in Wirklichkeit niemand etwas wissen. Warum auch?

Nachdem die jüngste Veranstaltung zum Doping in der BRD / DDR am 11. Oktober 2016 im Neubrandenburger Regionalmuseum stattfand und an den ersten Dissertationen zu diesem Thema in Mecklenburg-Vorpommern geschrieben wird, zeigt sich, dass es noch vieles aufzuarbeiten gibt, wobei die Verantwortlichen juristisch nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können jedoch die Opfer weiter mit den gesundheitlichen Einschränkungen leben müssen und in der Beweispflicht sind, dass ihre gesundheitlichen Einschränkungen auf das DDR-Doping zurückzuführen sind.

Wo und wie fand die Aufarbeitung bzw. Dokumentation der eigenen Vergangenheit auch bezüglich des Dopings, des Medikamentenmissbrauchs usw. in den Neubrandenburger Sportvereinen, im Landessportbund MVP bzw. auf Bundesebene statt?

Bis heute haben sich in Mecklenburg-Vorpommern achtzig Doping-Opfer gemeldet, davon 15 aus Neubrandenburg.

Im Neubrandenburger Sportgymnasium (Jahnsportforum) hängen im Jahr 2016 immer noch die sportlichen „Bestenlisten“ aus den 1980er Jahren aus. Diese „Bestleistungen“ wurden u. a. von Sportlern unter Medikamentenmissbrauch (Doping) erreicht und die des Vergehens überführt wurden.

Sollen sich daran die heutigen Talente orientieren, die ab der fünften Klasse das Neubrandenburger Sportgymnasium besuchen? Sollte die heutige Generation nicht besser erfahren, dass einige dieser Athleten ihre sportlichen „Leistungen“ mit leistungssteigernden Substanzen erreichten?

Warum hängen diese Bestenlisten unkommentiert aus? Warum passen die nationalen und internationalen Sportverbände ihre eigenen offiziellen Besten- und Rekordlisten nicht an? Hängen deswegen im Jahnsportforum Neubrandenburg auch noch weiterhin „zweifelhafte“ Rekord- und Bestenlisten aus?

Der Betreiber des Jahnsportforums ist das Veranstaltungszentrum Neubrandenburg, dies ist zu einhundert Prozent ein Unternehmen der Stadt Neubrandenburg. Also

schmückt sich die Stadt Neubrandenburg weiterhin mit diesen „zweifelhaften“ Rekord- und Bestenlisten des systematischen DDR-Doping-Systems? Die Haltung des Neubrandenburger Sportgymnasiums mit einem pädagogischen Auftrag zu diesen zweifelhaften sportlichen Bestenlisten entzieht sich meiner Kenntnis.

Eine Ausstellung im Neubrandenburger Regionalmuseum zur Stadt- und Sportgeschichte Neubrandenburgs ist merkwürdig. Sie zeigt eine unkritische Sicht auf komplexe Themen. Ein einzelner Hinweis auf das Doping beim Sportclub Neubrandenburg e.V. (SCN) in einem 15 minütigen Interview. Kein Hinweis auf die vielen Inoffiziellen Mitarbeitern (*aktuell sind 60 Personen bekannt*) der DDR-Staatssicherheit im Sportclub Neubrandenburg e.V.

In Anflügen sind in der Ausstellung des Regionalmuseums Hinweise auf politische Zusammenhänge zu erkennen, die aber im Gesamtgefüge verloren- und untergehen.

Der Ausstellung zur neueren Stadt- und Regionalgeschichte Neubrandenburgs ist eine objektive, politisch-historische Einordnung leider nicht gelungen, obwohl diese erst im September 2013 eröffnet wurde.

Unter dem Aspekt des Bildungsauftrages, den ein Museum der öffentlichen Hand ohne Zweifel hat, ist das fatal. Nach einem Radiointerview im Oktober 2014 unter www.ndr.de/radiomv/Ortszeit-Sportler-Doping_audio221264.html versprach der Leiter des Neubrandenburger Regionalmuseum Veränderungen. Dies ist bis heute nicht geschehen!

Bund, Land, Stadt, Landessportbund, Verein, Gymnasium usw. rühmen sich mit den Olympiasiegern, Weltmeistern, Europameistern, Deutschen Meistern ... auch aus DDR-Zeiten. Aber Verantwortung für das DDR-Zwangsdoping und die sechzig inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit beim SC Neubrandenburg e.V. will keiner übernehmen.

Erstausnehmend ist zudem, dass diesbezüglich auch keine öffentlichen Reaktionen der Neubrandenburger Kommunalpolitik wahrnehmbar

sind und Einfluss auf öffentlich geförderten Einrichtungen und Vereinen genommen wird. Die Diktatur lebt solange weiter, so lange nicht jedes seiner Opfer Gerechtigkeit erfahren hat.

Bund, Land, Kommune, Landessportbund, Vereine usw. verhöhn die Opfer weiter, indem alle meinen, die Aufarbeitung dieser Problematik sei nicht ihr Thema, ein anderer wird es schon machen.

Muss das wirklich so sein?

André Rohloff

*** **



Sachsen! Justiz- Versagen? Nazi-Alarm? Und auch sonst nichts Gutes?

Nach dem Suizid eines mutmaßlichen Sprengstoff-Attentatplaners in der Messestadt Leipzig ist das Bundesland Sachsen inzwischen noch weiter in die negativen Schlagzeilen geraten. Ist das gerecht, kann man so tun, als wäre dort mit einem Mal der Nationalsozialismus oder der Stalinismus eingezogen?

Viele der Menschen, die dort leben, haben vor nun fast drei Jahrzehnten an den Demonstrationen mitgewirkt. Sie hatten das SED-Unrecht satt, weil sie unter der Diktatur gelitten hatten. Zuchthäuser wie Waldheim, Bautzen oder Torgau waren für sie Schandmale. All das soll nun nicht mehr zählen.

Unser Kamerad Jörg Bilke, Zeitzeuge und Chronist einer Epoche, hat uns auf das Buch von August Röckel aufmerksam gemacht. Auch das ist ein Stück Sachsen. *H. Died.*

MISSBRAUCH PSYCHIATRISCH-PSYCHOLOGISCHER KOMPETENZ IN DER DDR

Was ist richtig, was hat Gültigkeit – wo liegen die Wahrheiten?

In der Zeitschrift STACHELDRAHT Ausgabe 05/2016, dem Informationsblatt des Dachverbandes UOKG und des BSV-Fördervereins, erschien unter der Überschrift „Zersplitterung, Lähmung und Isolation“ ein Artikel zum Thema Missbräuche von Psychiatrie und Psychologie, der von Prof. Dr. Dr. Th. Payk verfasst wurde.

Dazu nimmt – mit Zustimmung des VOS- Bundesvorstandes und der Redakteurin des Stacheldraht – in der aktuellen Ausgabe der Freiheitsglocke Prof. Dr. Dr. Dieckhöfer, Zweiter Vorsitzender der WALTER-VON-BAEYER-GESELLSCHAFT FÜR ETHIK IN DER PSYCHIATRIE e.V. (GEP) ausführlich Stellung.

Der Beitrag, der nachstehend zu lesen ist, wurde von unserem VOS-Kameraden Fritz Schaar-schmidt, der zugleich Mitglied der VOS Bayern und der GEP ist, eingereicht. Es wurden keine inhaltlichen sowie textlichen Änderungen vorgenommen.

In der Zeitschrift STACHELDRAHT 05/2016 erschien unter der Überschrift *Zersplitterung, Lähmung und Isolation* eine Übersichtsarbeit von Prof. Dr. Dr. Th. Payk, vormals Ordinarius für Psychiatrie an der Ruhr-Universität Bochum. Prof. Payk nennt Psychiater- und Psychologen-Täter in großer Zahl gar mit Klarnamen, führt auf, was sie als „*Planer und Organisatoren, operativer Zersetzungsmaßnahmen*“ so trieben und schloss mit der traurigen Bilanz:

... *Der Einigungsvertrag bewahrte die allermeisten MfS- Protagonisten vor sozialen Abstürzen oder gar härteren Sanktionen. Im Übrigen verwässerte der gesellschaftspolitische Mainstream des Verleugnens, Vertuschens und Verdrängens eine angemessene Aufarbeitung von Hintergründen und Auswirkungen. Das sozial - und Strafrecht blieb weitgehend unge-sühnt. Nur in Einzelfällen wurden die ebenso menschlich verwerfli-*

chen wie berufsethisch verbotenen, schweren Vertrauensbrüche und die Mithilfen bei der psychischen Folter mit Geldstrafen geahndet; berufsrechtliche Sanktionen ... blieben aus.. Im Gegensatz zu ihren lebenslang traumatisierten Opfern ... konnten die belasteten Ärzte und Psychologen ... ihren Beruf weiter ausüben...

Mit den Repressionsmethoden, die in der Sowjetunion bis zur Perestroika u. a. „mittels fiktiver, wissenschaftlich nicht begründbarer psychiatrischer Diagnosen“ gegen Dissidenten ausgespielt wurden, dürften die Vorgehensweisen der Stasi aber nicht verglichen werden, meint Payk. Grund zur Kritik an der Stasi hat er. Wie er mir vor Jahren während gemeinsamer klinischer Tätigkeit einmal erzählte, wurde er, als er seine aus Rostock stammende Braut auf dem Motorrad über die tschechische Grenze gen Westen bringen wollte, geschnappt und eingelocht, nach ein paar Wochen dann von der Bundesrepublik freigekauft.

Was den Psychiatriemissbrauch betrifft, schwieg der Psychiater Payk jedoch über die Jahre. Jetzt verzeichnet er ihn doch erheblich. Psychiatrische und psychologische Mittel und Methoden dienten der politischen Repression in der DDR nicht anders, vor allem nicht weniger als in ihrem großen Bruderland. Ja, die Stasi-Methoden der „weißen Folter“ übertrafen an Raffinesse ihrer Planung und Durchführung die sowjetischen noch, abgesehen davon, dass viele DDR-Opfer direkt sowjet-gleiche Vorgehensweisen erlebten. Wenn auch auf regierungsnahen Foren oft „verwässert“, wurden sie in den Rundbriefen unserer GEP, Anfang Juli 2009 dann auch in der ZEITSCHRIFT DES FORSCHUNGS-VERBUNDS SED-STAAT der FU Berlin doch korrekt dokumentiert. Allein auf thüringischem Gebiet wurden 21 Personen, die seinerzeit im Zusammenhang politischer Verfolgung psychiatrisch interniert worden waren, Entschädigungsansprüche gerichtlich zuerkannt, wurde die Realität sowjet-gleicher

Übergriffe auch damit anerkannt. So sind auch die Zahlen der sowjet-gleich oder -ähnlich „polit-psychiatrisch“ Verfolgten, rechnet man sie auf die Bevölkerungszahl der seinerzeitigen Sowjetunion hoch, wohl vergleichbar.

Vom Verein GEP trug deren Vorsitzender Dr. med. Weinberger die Sachverhalte in Referaten bei einem Beraterseminar des BSV am 03.12. 2005 in Magdeburg schon vor (der Text in drei Folgen im Winter 2006 jedoch dann von der FREIHEITSGLOCKE der VOS ausgedruckt), am 9.5.2006 dann auch in einer Delegiertenversammlung der VOS in Friedrichroda. Er fand dabei Zuspruch, vermochte Konsequenzen aber nicht zu erwirken. Payk und die STACHELDRAHT-Redaktion tun jetzt so, als kennten sie Dr. Weinberger nicht, ja als hätte es seine eindringlichen Darlegungen, auch seine Warnungen vor u. U. politisch voreingenommenen Gutachtern nicht gegeben. Am „*Mainstream des Verleugnens, Vertuschens und Verdrängens*“ wirken bis heute viele mit.

Das Gros der deutschen Ärzte war immer zurückhaltend, wenn geschehene Untaten in der Medizin einzugestehen waren. Den Massenmord an den psychisch Kranken unter Hitler räumten sie voll erst ein – die Psychiaterfachgesellschaft DGPPN etwa bei ihrem Jahreskongress 2010 mit großer Geste –, als die Täter zuverlässig unter der Erde lagen, sie mit ihnen lange schon nichts mehr zu tun hatte.

Solange der Psychiatrie- und Psychologiemissbrauch in der Sowjetunion wie der DDR im Gange waren, also bis Ende der 1980er, ja auch viele Jahre noch danach, schwiegen sie zu diesen Verbrechen und grenzten die Kollegen aus, so wie wir das aufzeigten. Nicht selten verleumdeten sie diese gar. Und etliche Opferverbände gingen ihnen an die Hand, zur allgemeinen Beruhigung mitunter Teil-Informationen einflechtend. Payk, der jetzt markante Worte fand, führt nicht von unge-

→ 15 oben

fähr dabei als seine Kronzeugen Leute auf, die in den letzten fünf- und zwanzig Jahren den „*gesellschaftspolitischen Mainstream des Verleugnens, Vertuschens und Verdrängens*“ angeführt und die Psychiatriemissbräuche in der DDR nach Kräften „*verwässert*“ haben, etwa die „*im Auftrag der Bundesärztekammer*“ (agierende) *Historikerin Francesca Weil (2008)*“ vom Hannah-Arendt-Institut Dresden oder die Leipziger Psychiaterin Dr. Sonja Süß, die im Auftrag des seinerzeitigen Bundesbeauftragten Joachim Gauck 1998 in ihrem Buch POLITISCH MISSBRAUCHT? bereits einige von Payks Tätern nannte, die vielfältigen fach-internen „*Mithilfen bei der psychischen Folter*“ insgesamt aber herunterspielte und meinen Kollegen Dr. Weinberger, den Vorreiter des Widerstands gegen Psychiatriemissbräuche seit vier Jahrzehnten (!), diffamierte. Payk, selbst Teil des Mainstreams, kennt ihn natürlich nicht.

Ähnliches ereignete sich auch in anderen Opferverbänden. Auf einem Kongress der UOKG verkündete am 24.10. 2009 vom Podium herunter die Psychiaterin Ruth Ebbinghaus, in der DDR habe es keinen sowjetähnlichen Psychiatrie-Missbrauch gegeben. Sie wurde darob aus dem Forum heraus offen der Lüge bezichtigt. Nachdem heute sowjetähnliche Psychiatriemissbräuche „*mittels fiktiver ... Diagnosen*“ in größerer Zahl aber nicht nur in der DDR, sondern zuletzt gar im Rechtsstaat unserer Bundesrepublik Deutschland bekannt geworden sind – am bekanntesten der Fall von Gustl Mollath, er aber keineswegs der einzige – und unsere Psychiatrie-Chefärzte und -Ordinarien wie Payk weit entfernt sind, sie kritisch zu vermerken, haben diese Leute jetzt gewiss keinen Grund mehr, pharisäisch mit Fingern auf die alte Sowjetunion zu zeigen, sich selbst aber in Unschuld und die Bevölkerung in Sicherheit zu wie-

gen. Wieder war die GEP hier die einzige Organisation im Land, die fachkundig auch diese jüngsten Verbrechen im Fach nicht nur aufzeigte, sondern ihnen tatkräftig auch entgegentrat, weshalb sie erst recht wieder von den Mainstreamlern ausgegrenzt und angefeindet wird. Der einzige Staatsmann weltweit, der sich von den immer staatlich gedeckten, oft gar staatlich veranlassten Verbrechen zuletzt kritisch distanzierte, war der ehemalige sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow.

Prof. Dr. med. Dr. phil.

Klemens Dieckhöfer,

Zweiter Vorsitzender der Walter-von-Baeyer-Gesellschaft für Ethik in der Psychiatrie e.V. (GEP)

Anmerkung:

Es gab offenbar schon immer Meinungsverschiedenheiten zwischen den Psychiatern Dr. Weinberger und Frau Dr. Ruth Ebbinghaus. Beide hielten bei Seminaren der VOS in Friedrichroda Vorträge, die auf großes Interesse der Anwesenden stießen. Dass diese Vorträge unterschiedliche Aspekte aufweisen mögen, sollte daher eher positiv als ablehnend gesehen werden, bringen doch – sachlich geführt – auch Streitgespräche oftmals klärende Ergebnisse bei offenen Fragen.

Letzteres ist auch der Grund der hier erfolgten Veröffentlichung des vorstehenden Beitrags, was auch durch die Redakteurin des Stacheldrahts so dargestellt wurde.

Die Redaktionskommission der VOS und der derzeitige Bundesvorstand sprachen sich mehrheitlich für die Veröffentlichung aus.

Hugo Diederich

Bundesgeschäftsführer und früherer Bundesvorsitzender der VOS

Vergesst ihn nicht!

Der 3. Oktober und FJS

Es gibt wohl keinen Politiker in der deutschen Nachkriegsgeschichte, der mit seiner Redekunst und seinem Auftreten so viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat wie der einstige Ministerpräsident Bayerns Franz-Josef Strauß. Seine geradezu hemmungslose Streitlust und seine Dickköpfigkeit haben die Bürgerinnen und Bürger quasi in zwei Lager geteilt. Die einen waren bedingungslos begeistert, die anderen lehnten Strauß ab, sie protestierten offen gegen ihn und bedachten ihn mit Beschimpfungen.

Die Ziele, die Strauß verfolgte, waren Frieden, Freiheit und Sicherheit. Dennoch hat er sich unablässig auch gegen die Diktatur in den kommunistisch geführten Diktaturen in Europa eingesetzt. Die Mittel und Methoden waren unterschiedlich, sie wechselten letztlich von einem Extrem in das andere. War er zunächst voll boshafter Kritik an der sozialistischen DDR und beschuldigte er das Regime unverblümt seiner Grenzverbrechen, so schwenkte er 1983 um und trug durch die Kreditbürgschaft zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Honecker-Regimes bei. Zugleich kamen durch ihn politische Häftlinge frei und wurde die sozialistische Diktatur unterwandert.

Das, was er anstrebte, waren jedoch der Zusammenbruch der DDR und die Wiedervereinigung. Miterleben konnte er das nicht, dennoch wurden diese Ziele auf den Tag genau – am 3. Oktober – zwei Jahre nach seinem Tod besiegelt. Auch daran sollten wir denken, wenn wir alljährlich den Tag der Einheit begehen.

B. Thonn

Wir trauern um

Hans Koch

Hans Rehmet

Hans-Jürgen Jennerjahn

Günter Schulz

Siegfried Helm

Ernst Oczenaschek

Andreas Endrész

Bezirksgruppe Hamburg

Bezirksgruppe Leipzig

Bezirksgruppe Schwerin

Bezirksgruppe Cottbus

Bezirksgruppe Leipzig

Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland

Bezirksgruppe München

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Einladung zur Mitgliederversammlung

Bezirksgruppe Ostwestfalen trifft sich in Bielefeld

Liebe Kameradin, lieber Kamerad,
wieder einmal darf ich zu einer Mitgliederversammlung unserer Bezirksgruppe einladen. Wir treffen uns

**am Samstag, dem 29. Oktober 2016
um 11.00 Uhr, in Bielefeld.**

Tagungsort ist wie im Juni der

Gasthof „Gröppel“,
Gütersloher Str. 362, 33649 Bielefeld,
Telefon 0521 / 4 85 13.
www.gasthof-groepfel.de

Die Anfahrt ist ganz einfach: Vom Autobahnkreuz Bielefeld über die A 33 bis zur Ausfahrt Bielefeld-Ostwestfalendamm fahren. Dort die Autobahn verlassen und links, der Beschilderung Gütersloh folgend, auf die Gütersloher Straße abbiegen. Der Gasthof Gröppel befindet sich an der dritten Ampel rechts. (Achtung: Radarkontrolle in der Gütersloher Straße, Höhe Apotheke!)

Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

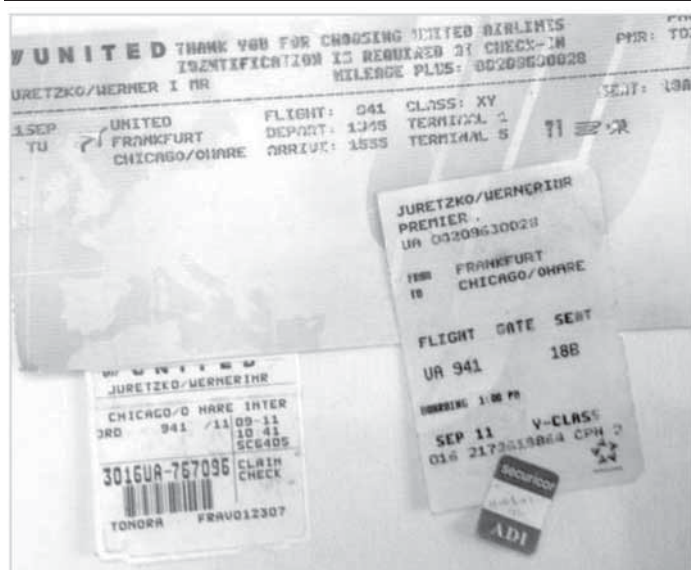
- Gedenken an unsere verstorbenen Kameraden
- Gespräch mit MdB Brinkhaus
- Zukunft der VOS / der Bezirksgruppe
- Finanzlage der VOS nach Einigung mit den SV-Trägern
- Ausblick auf die Generalversammlung 2017
- kameradschaftliches Beisammensein.

Als Gast spricht Herr Hans-Joachim Saßik aus Ostbevern zu uns. Er ist Mitglied der "Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V." und stellt die Tätigkeit seines Verbandes vor, welche natürlich Schnittstellen zu den Aufgaben der VOS aufweist (Stichwort: „Rentenunrecht“).

Ich bitte um zahlreiches Erscheinen und freue mich auf das Wiedersehen!

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Bernd Pieper (Handy-Nr. ist 0175 / 234 21 24)



Werner Juretzko, „unser Mann in den USA“, sandte uns eine persönliche Erinnerung an den 11. September 2001 („Nine-eleven“), den Tag des verheerenden Anschlags auf das world trade center in New York. Er war, wie anhand der Tickets festzustellen ist, mit dem Flugzeug von Frankfurt a. M. nach Chicago unterwegs und traf genau an jenem Tag ein, als der schreckliche Anschlag stattfand.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

- | | |
|-------------------------------------|---------|
| – einheitlich für alle Mitglieder | 45,00 € |
| – Ehepartner (ohne Freiheitsglocke) | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder | 2,60 € |
| – Abonnement der Freiheitsglocke | 24,00 € |

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de

Fg-Nummer 769 / 770 erscheint im Dezember

Redaktionsschluss der FG 767/768 am 15. Okt. 2016